

Herausforderungen für die Wohlfahrt: KJF im Dialog mit der Politik

Politisches Sommergespräch der KJF in Schwandorf:
Herausforderungen für soziale Träger im Fokus von MdB
Englhardt-Kopf und OB Feller.

Schwandorf, 23. August 2024 - Im Rahmen eines politischen Sommergesprächs im Haus des Guten Hirten in Ettmannsdorf haben sich Vertreter der Katholischen Jugendfürsorge Regensburg (KJF), darunter Direktor Michael Eibl, mit politischen Entscheidungsträgern über vorherrschende Herausforderungen ausgetauscht.

Die Gesprächsrunde fand in einem freundlichen und offenen Ambiente statt, wo die Teilnehmer die Möglichkeit hatten, die spezifischen Anforderungen und Sorgen der sozialen Einrichtungen zu diskutieren. Oberbürgermeister Andreas Feller und die Bundestagsabgeordnete Martina Englhardt-Kopf waren anwesend, um die Ängste der Institutionen zu hören und Lösungen zu erörtern.

Gesetzliche Herausforderungen für soziale Einrichtungen

Die KJF sieht sich durch neue gesetzliche Regelungen, wie das Hinweisgeberschutzgesetz und das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, erheblichen Herausforderungen gegenüber. Michael Eibl, Direktor der KJF, gab zu verstehen, dass die anstehenden Anforderungen nicht nur komplex sind, sondern auch erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen abverlangen. „Wir unterstützen die

Zielsetzungen dieser Gesetze, aber die Umsetzung wird für uns zu einer schwierigen Aufgabe“, äußerte Eibl während des Gesprächs.

MdB Martina Englhardt-Kopf brachte ihre Verbindung zur KJF zum Ausdruck und erkannte an, dass diese Herausforderungen Realität sind. Sie betonte die Wichtigkeit von Austausch und Zusammenarbeit zwischen der Politik und den sozialen Einrichtungen, um auf die Bedürfnisse vor Ort einzugehen. „Gute Politik lebt vom Austausch mit der Praxis“, sagte sie, während sie das Engagement der KJF würdigte.

Ein besonders kritischer Punkt in der Diskussion war das Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz (EnEFG), welches, so Wolfgang Berg, Abteilungsleiter Wirtschaft und Finanzen, nicht optimal für non-profit Organisationen wie die KJF konzipiert sei. „Wir sind keine börsendotierten Kapitalgesellschaften, für die diese Regelungen gemacht wurden“, erklärte er besorgt. Dies wirft die Frage auf, wie solche Institutionen die neuen Auflagen bewältigen können, ohne die Unterstützung und Ressourcen, die sie benötigen.

Unterstützung aus der Politik

Englhardt-Kopf zeigte sich bereit, die Fragen und Bedenken, die während des Sommergesprächs aufkamen, in Berlin zur Sprache zu bringen. Sie will sich dafür einsetzen, dass die Interessen der sozialen Einrichtungen in der Politik umfassend Beachtung finden. Der Austausch der Ideen und die Erfahrungen der Fachkräfte vor Ort sind für die Entwicklung effektiver politischer Maßnahmen unerlässlich.

Die engere Zusammenarbeit zwischen den sozialen Trägern und der Politik könnte eine positive Wendung in der Unterstützung dieser Einrichtungen bedeuten. Mit gezielten Maßnahmen und einer verstärkten Vernetzung könnte es gelingen, die Herausforderungen, die durch die neuen Gesetze entstehen, zu bewältigen.

In einer Welt, in der soziale Dienstleistungen eine immer bedeutendere Rolle spielen, ist es entscheidend, dass die relevanten Akteure – sowohl in der Politik als auch in der Gemeinnützigkeit – gemeinsam an Lösungen arbeiten. Die KJF hat bereits Schritte unternommen, um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Doch um nachhaltige Erfolge zu erzielen, bedarf es einer stärkeren politischen Unterstützung.

Herausforderungen für gemeinnützige Träger

Der gemeinnützige Sektor steht derzeit vor vielfältigen Herausforderungen, die sich aus politischen Änderungen und gesellschaftlichen Anforderungen ergeben. Die Einführung neuer Gesetze, wie das Hinweisgeberschutzgesetz und das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, bringt erhebliche Anpassungen mit sich, die nicht nur finanziell, sondern auch personell einen hohen Aufwand erfordern. Dies ist besonders gravierend für Träger, die sich oft in einer finanziellen Spitze bewegen und weniger Ressourcen haben als privatwirtschaftliche Unternehmen.

Finanzielle Mittel sind unerlässlich, um die gesetzlich geforderten Rahmenbedingungen zu erfüllen. Laut einer Umfrage des Bundesverbandes der Wohlfahrtspflege geben 70 % der befragten Organisationen an, dass sie Schwierigkeiten haben, die notwendigen Mittel für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben aufzubringen. Diese Situation kann die Qualität der angebotenen Dienstleistungen erheblich beeinträchtigen und die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter gefährden. Daher wird der Austausch zwischen Politik und Praxis für die Entwicklung zukunftsfähiger Strategien immer wichtiger.

Der Einfluss politischer Entscheidungen

Politische Entscheidungen und deren Umsetzung haben direkte Auswirkungen auf die Arbeit der Wohlfahrtsträger. Der

Gesetzgeber hat die Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine nachhaltige und faire finanzielle Ausstattung sicherstellen. Ein Beispiel ist die Diskussion um die Vergütungsstruktur in der Sozialwirtschaft. In den letzten Jahren gab es immer wieder Forderungen nach einer Anpassung der Vergütungen für soziale Dienstleistungen, um die Attraktivität der Berufe in der sozialen Arbeit zu erhöhen und die Fluktuation der Fachkräfte zu verringern.

In einer Studie des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge wird festgestellt, dass viele Fachkräfte im sozialen Sektor mit Unzufriedenheit bezüglich ihrer Gehälter konfrontiert sind. Ein Drittel der Beschäftigten plant, den Job in den nächsten zwei Jahren zu wechseln, was die Notwendigkeit einer politischen Intervention zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterstreicht. Die Politik ist gefordert, gesamtgesellschaftliche Lösungen zu erarbeiten, die die Wertschätzung für soziale Berufe ausdrücken und gleichzeitig finanziell tragbar sind.

Bedeutung der sozialen Einrichtungen für die Gesellschaft

Soziale Einrichtungen wie die Katholische Jugendfürsorge leisten einen entscheidenden Beitrag zur Gesellschaft, indem sie benachteiligten Gruppen helfen, gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen. Ihre Arbeit ist vielfältig und reicht von der Betreuung von Jugendlichen in Krisensituationen bis hin zur Unterstützung von Familien in Notlagen. Diese Infrastruktur ist für die soziale Stabilität unerlässlich.

Ein wesentlicher Aspekt ist auch die Prävention: Soziale Einrichtungen tragen dazu bei, dass die Gesellschaft langfristig von den eingesparten Kosten profitieren kann, die durch frühzeitige Interventionen im sozialen Bereich entstehen. Laut dem Statistischen Bundesamt zählen die Ausgaben für soziale Dienstleistungen zu den wichtigsten Investitionen in den sozialen Frieden und die gesellschaftliche Kohäsion. Die

Herausforderung besteht darin, diese finanziellen und personellen Ressourcen in einem sich schnell verändernden rechtlichen Rahmen effizient einzusetzen.

Für die Fortführung dieser Dienste setzen sich sowohl lokale als auch nationale Politiker ein, um den gemeinnützigen Organisationen die notwendige Unterstützung zu bieten. Der Austausch und die enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Praxis sind daher von zentraler Bedeutung, um die Herausforderungen des Wandels in der sozialen Landschaft zu meistern.

Quellen: **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Statistisches Bundesamt.**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)